

# Blick vom SPD Torturm

Ein kommunalpolitisches Infoblatt der  
SPD Winnenden



## Wir machen auch große Politik.....!

Vom 26.-28. Oktober dieses Jahres findet in Hamburg der Bundesparteitag der SPD statt. Dort soll auch das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands abschließend nochmals diskutiert und verabschiedet werden, dass die Grundwerte und Ziele der Sozialdemokratie bündeln soll.



Das letzte Grundsatzprogramm der SPD stammt aus dem Jahr 1989. Zwar wurde dieses im Jahr 1998 überarbeitet, aber die gesellschaftliche Entwicklung macht es notwendig, mit einem neuen Grundsatzprogramm auf die Zukunftsfragen der Gesellschaft Antworten zu geben.

In der SPD wird Basisdemokratie „gelebt“. Sie ist fundamentales Element bei der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung innerhalb der SPD. Basis-

demokratie heißt: Jedes einzelne Mitglied kann und soll sich bei der Gestaltung der Zukunft unseres Landes mit einbringen.

So hatten wir im Ortsverein der SPD Winnenden die Gelegenheit mit eigenen Anträgen zum Grundsatzprogramm uns einzubringen und somit eigene Akzente zu setzen.

In drei Diskussionsforen, zu denen der Ortsverein der SPD eingeladen hatte, wurden Vorschläge erarbeitet, eingebracht, lebhaft diskutiert aber auch wieder verworfen. Es machte richtig Spaß, so Basisdemokratie zu erleben. Hier war von der schon oftmals beschriebenen Politikverdrossenheit nichts zu spüren. Das Herausarbeiten von Themen und Problemstellungen innerhalb der Teilnehmer, dass Kennen lernen von Sichtweisen auch von Nicht-SPD-Mitgliedern war eine sehr große Bereicherung für die weitere Arbeit in unserem lebendigen Ortsverein. So kann Politik auch sein: vielschichtig, lebendig, kontrovers - aber auch konstruktiv und zielführend.

Schließlich konnten bei der Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins am 19.07.07 folgende

Anträge, die Sie im Wortlaut in dieser Ausgabe des Blick vom Torturm finden, verabschiedet werden:

- Antrag zum Thema gesellschaftliches Pflichtjahr
- Antrag zum fairen Handel zwischen Europa und den Dritte-Welt-Staaten
- Antrag zum Thema Zertifizierung von Unternehmen unter sozialen Gesichtspunkten
- Antrag zum Thema Einführung der Kindergartenpflicht

Die Ergebnisse unsere Diskussionen spiegeln sich in unseren Anträgen wider. Das Zustandekommen dieser Anträge gibt Mut und Zuversicht für die weitere politische Arbeit bei uns im Ortsverein. Wir laden Sie herzlich dazu ein mitzumachen.

Gestalten Sie die Zukunft unserer Stadt und unseres Landes mit – es lohnt sich für jeden einzelnen.

F. Spannagel

Sie wollen die Arbeit der SPD Winnenden auch finanziell unterstützen? Wir freuen uns über jede Spende. Unsere Bankverbindung: Konto-Nr.: 503425001 BLZ: 60290110

## Unsere Anträge im Überblick

### Fairer Handel

1. Deutschland und Europa beginnen ihre Grenzen für Agrarprodukte aus den Entwicklungsländern zu öffnen. Die Eigenversorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Nahrungsmitteln muss gewährleistet sein.

2. Die staatlichen Subventionen von Agrarprodukten für den Export sollen abgebaut werden. Es sind weltweit gültige Regulierungen im Rahmen der UNO zu finden. Ein Subventionswettbewerb zwischen den Staaten ist abzulehnen.

#### Begründung:

Die Entwicklungsländer könnten aufgrund ihrer klimatischen Verhältnisse verschiedene Agrarprodukte teilweise wesentlich günstiger produzieren als



**SPD-Bundesparteitag**   
in Hamburg vom 26.-28.10.2007

die Staaten auf der nördlichen Halbkugel. Mit diesen Erlösen könnten die Entwicklungsländer ihre Eigenentwicklung finanzieren. Die Entwicklungsländer wären so auch nicht so stark abhängig von Transferzahlungen der Industrieländer.

Im Gegenzug bedeutet das aber auch, dass die Leistungen für die Entwicklungsländer nicht erhöht werden müssten, wie im Grundsatzprogramm gefordert. Wir wollen Hilfe durch Selbsthilfe erreichen.

Die Hürden für die Einfuhr von Agrarprodukten in die EU sind hoch gesetzt. Diese Hürden sind schrittweise abzubauen. Die Einfuhr von Agrarprodukten nach Deutschland und Europa hat Auswirkungen auf die heimische Agrarwirtschaft. Ein hoher Grad der Selbstversorgung muss gewährleistet bleiben. Unvereinbar mit dem Grundprinzip „fairer Handel“ ist die staatliche Subvention der Agrarproduktion für den Export. Dies gilt für alle Agrar-Exportnationen. Hier ist eine weltweit gültige Regulierung im Rahmen der UNO zu erzielen.

### Zertifizierung von Unternehmen unter sozialen Aspekten (Sozialaudit)

Der SPD Bundesparteitag möge in das Grundsatzprogramm aufnehmen:

1. Waren, die nach Deutschland und Europa importiert werden, müssen unter menschenwürdigen Bedingungen hergestellt sein.
2. Unternehmen, die nach Deutschland und Europa Ware importieren möchten, müssen sich einer Zertifizierung hinsichtlich der ordnungsgemäßen Arbeitsbedingungen (Sozialaudit) unterziehen.
3. Wir fordern die Entwicklung von weltweit geachteten Mindeststandards für eine humane Arbeitswelt.

#### Begründung:

Die Globalisierung führt zu einem enormen Wettbewerbsdruck.

Wir müssen verhindern, dass der Wettbewerb zu einer Verschlechterung der Arbeitsbedingungen geführt wird. Es ist bekannt, dass manche Produkte unter unmenschlichen Arbeitsbedingungen erzeugt werden. Es ist auch bekannt, dass Kinder dabei ausgebeutet werden.

Es gibt eine Angebots – und eine Nachfrageseite. Wir müssen dafür sorgen, dass derartige Waren geächtet werden und damit auch nicht mehr nachgefragt werden. In anderen Bereichen sind bekanntermaßen Zertifizierungen durchaus üblich. Daher ist es angebracht in dem wichtigen Bereich der Arbeitsbedingungen ein Sozialaudit einzuführen.

### Kindergartenpflicht

Der Besuch der beiden letzten Kindergartenjahre vor der Schule soll verpflichtend eingeführt werden

#### Begründung:

Es ist wissenschaftlich erwiesen, dass die Lernbereitschaft und Aufnahmefähigkeit in den ersten Lebensjahren am größten ist. Es ist daher wichtig, dass schon im Kindergarten und nicht erst in der Schule soziales Verhalten eingeübt wird. Das bedeutet auch, im Kindergarten und nicht erst in der Schule muss bereits die Integration aller Bevölkerungskreise anfangen. Im Grundsatzprogramm ist bereits enthaltend, dass Kindergartenplätze für Kinder ab dem 3 Lebensjahr kostenfrei zur Verfügung gestellt werden. Wir begrüßen dies ausdrücklich und wünschen die rasche Umsetzung.

### Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtjahres

Wir fordern die Einführung eines gesellschaftlichen Pflichtjahres für alle jungen Menschen in Deutschland. Tätigkeitsfelder können sein: Bundeswehr, Feuerwehr, Technische Hilfswerke sowie soziale und ökologisch orientierte Institutionen.

#### Begründung:

1. Die Wehrgerechtigkeit ist seit längerer Zeit nicht mehr gewährleistet.

2. Die Wertebindung hat sich besonders bei jungen Menschen abgeschwächt. Durch Stärkung des Elternhauses und der wertevermittelnden Institutionen in unserer Gesellschaft muss dieser Entwicklung entgegengetreten werden. Deshalb ist es wichtig, dass

weiter auf Seite 3

Unsere Anträge sind im Antragsbuch der SPD für den Parteitag unter den Nummern 4.1/38, 4.3/48, 4.5/43, 4.7/45 aufgenommen. Das Antragsbuch ist im Internet für Mitglieder unter [www.spd-online.de](http://www.spd-online.de) einsehbar.

Fortsetzung von Seite 2

die SPD mit sozialer Integrationspolitik und unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppierungen voran geht. Die jungen Menschen sollen eine weitere Möglichkeit bekommen soziale Kompetenz zu erlernen. Von unmittelbaren Erfahrungen mit gesellschaftlichen Problemen und der damit verbundenen geistigen Reifung des jungen Menschen versprechen wir uns ein Wachsen des Wertebewusstseins, welches über das im häuslichen Umfeld vermittelbare hinausgeht.

3. Das soziale Klima, das in unserer Gesellschaft von vielen als soziale Kälte gespürt und bemängelt wird, kann sich nur verändern, wenn gegenseitiges Verständnis und gesellschaftliche Verantwortung nicht länger nur beschworen, sondern endlich auch gelebt werden. Ein vorsorgender Sozialstaat kann nur dann für seine Bürgerinnen und Bürger da sein, wenn diese auch bereit sind, für ihn da zu sein. Freiheit und Solidarität müssen in einer Gesellschaft paritätisch gelebt werden; das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit kann der Mensch nur im Rahmen der Gesellschaft leben und deshalb muss er sich seiner Verantwortung gegenüber dieser Gesellschaft ebenfalls stellen.

termine termine termine

Sie können mitmachen.

Schauen Sie vorbei:

Fr., 9.11.07 19.30 Uhr

Mitgliederversammlung: Aktuelles aus der Kommunalpolitik/Vorbereitung Haushaltsplanberatung -

Sängerheim Frohsinn Fr., 16.11.07 20.00 Uhr (Saalöffnung 19:00 Uhr)

SPD - Winnender Kultur Nacht:

Kabarettabend mit Corinna Wetzelschwarz, Kabarettistin Alte Kelter, Winnenden

Fr., 07.12.07 19.30 Uhr Gemütliche

MV: Jahresabschluss mit Weinprobe Besen Lorenz, Hanweiler

Fr., 07.12.07 18.30 Uhr

Vorstandssitzung mit anschließenden Stammtisch SV Vereinsheim

Sa., 16.02.08 11.00 bis 16.00 Uhr Spielzeugbasar mit Vermietung von

Tischen an Sie, Alte Kelter

Fr., 22.02.08 19.30 Uhr

SPD Hauptversammlung, Sängerheim Frohsinn, Birkmannsweiler

Sa., 22.03.08 (Ostersonntag)

SPD Ostereieraktion

## Organtransplantationen - „Ein zweites Leben“

Im Verlauf einer Erkrankung werden die ursprünglichen Funktionen eines Organs zusehends außer Kraft gesetzt. Mitunter besteht die Gefahr, dass Sie Verschlechterungen nicht bemerken, weil sie keinen oder nur geringen Einfluss auf ihre Lebensqualität haben. Es ist daher wichtig, dass Sie erste Anzeichen von Veränderungen ernst nehmen. Nur so ist eine rechtzeitige Therapie möglich.

Der Erfolg einer Transplantation wird entscheidend durch die reibungslose Zusammenarbeit zwischen Klinik, Ärzten und Patient beeinflusst. Für ein gutes Funktionieren des Transplantats sollte die Zeitspanne zwischen Organentnahme und Transplantation so kurz wie möglich sein. Nachdem Eurotransplant in Leiden den am besten geeigneten Empfänger ausgewählt hat, werden die Spenderdaten umgehend an das Transplantationszentrum übermit-

sich von der anstrengenden OP erholt. Bereits während des Klinikaufenthaltes lernen Sie mit ihrem neuen Organ verantwortungsvoll umzugehen. Sie gewinnen zunehmend mehr Routine und gewöhnen sich wieder an ein fast normales Leben. Zum Schutz Ihres neuen Organs ist die lebenslange Einnahme von Immunpräparaten notwendig.

Der SPD-ÖV hat in Kooperation mit den Ortsvereinen Leutenbach, Schwaikheim und Berglen einen Scheck über 540€ aus dem Erlös der SPD Osteraktion an Herrn Prof.Dr.med. Werner Lauchart geschäftsführender Arzt von der DSO (Deutsche Stiftung Organtransplantation) überreicht.

Die DSO ist eine bundesweite Koordinierungsstelle für Organspende. Ihre Aufgabe ist die umfassende Förderung der Organspende und -transplantationen in Deutschland. Die DSO hat sich



BILD: von links nach rechts:

Frau Christa Jooß & Herr Manfred Jooß, SPD-ÖV Berglen – Herr Erwin G. Halter, 2. Vorstand SPD-ÖV Winnenden – Frau Ingrid Kaesler-Goretzki, SPD-ÖV Winnenden – Frank Spannagel SPD-ÖV Winnenden – Herr Prof.Dr.med. Werner Lauchart, Geschäftsführender Arzt DSO

telt. Der für die Transplantation zuständige Arzt wertet Blutwerte, Alter, Vorerkrankungen und die zum Zeitpunkt der Organentnahme vorliegenden Funktionswerte des Spenders aus und entscheidet dann nochmals, ob das Spenderorgan für diesen Empfänger auch wirklich geeignet ist.

Mit der erfolgreichen Organtransplantation beginnt für Sie ein neuer Lebensabschnitt. Während der ersten Zeit ist ihr Körper noch nicht wieder voll belastbar, da er

zum Ziel gesetzt, allen Patienten so schnell wie möglich die notwendige Transplantation zu ermöglichen. Sie wurde am 7.10.1984 vom Kuratorium für Dialyse und Nierentransplantation e.V. in Neu-Isenburg gegründet. Die DSO stimmt die Zusammenarbeit zwischen den bundesweit etwa 1400 Krankenhäusern und den 50 Transplantationszentren ab.

Erwin G. Halter

## Achtung Terrorgefahr!! Was soll der Staat dürfen?

Wir sollen uns nicht „die verbleibende Zeit auch noch verderben“ lassen, sagte Innenminister Schäuble gelassen, und meinte damit, dass es nur noch eine Frage der Zeit sei bis ein terroristischer Anschlag in Deutschland ausgeführt werde. Verfassungsschützer bestätigten mir dies auf Nachfrage. So gesehen ist es verständlich und unmittelbar einleuchtend, dass der Staat nicht einfach auf die Kontrolle eines Kommunikationsbereiches verzichten kann. Und zunächst mag es deshalb Kopfschütteln hervorrufen, dass manche Leute den so genannten Online-Durchsuchungen kritisch gegenüber stehen. Sind das Terror-Symathisanten? Oder extreme Grundrechtsfanatiker, denen ihr heilix Computerle wichtiger ist als die Sicherheit von Tausenden von Menschen? Da ich mit dies nicht recht vorstellen kann, schauen wir uns die

*Was heißt „heimliche Online - Durchsuchung“?*

Eine solche Durchsuchung beginnt mit der Infiltration des Rechners. Mittels einer unverfänglichen e-mail z.Bsp. vom Finanzamt, in deren Anhang sich das Spähprogramm befindet, soll ein getarntes Spähprogramm auf dem Computer eines Verdächtigen installiert werden. Dort soll der ‚Bundestrojaner‘ heimlich die Festplatte durchsuchen, verdächtige Dateien unbemerkt zum BKA schicken, sich am Ende selbst deinstallieren und spurlos verschwinden. Auch wenn das Innenministerium davon ausgeht, dass Online-Durchsuchungen technisch schnell umsetzbar sind, sehen Computerexperten die Möglichkeit, dass schon Virens Scanner die ganze Aktion vereiteln könnten. Gute Virens Scanner würden auch merkwürdiges Verhalten der Software registrieren. Um dies sicher zu vermeiden müsste der Gesetzgeber die Hersteller der Antivirenprogramme verpflichten, für die Spähsoftware gezielt eine Lücke im Sicherheitsnetz zu lassen.

Dann wäre es aber auch nur eine Frage der Zeit, bis auch Kriminelle diese Lücke ausgespäht hätten und nutzen würden. Ein weiteres technisches Problem ergibt sich aus einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Dies hatte festgestellt dass ein „Kernbereich der privaten Lebensführung“ auch eines Verdächtigen zu schützen sei. Keine Software ist in der Lage, relevante Inhalte von privaten zu trennen; nötig wäre dann also die Übertragung des Inhalts einer ganzen Festplatte. Dies dürfte wohl bald an der Datenmenge scheitern und würde sich im Internet auch durch den umfangreichen Datenverkehr verraten.

Der SPD-Fraktionschef im Bundestag, Peter Struck, erklärte, dass die SPD nicht grundsätzlich gegen jede Form der Online-Durchsuchungen sei. Diese müssten aber sehr begrenzt bleiben. Was könnte „begrenzt“ heißen? Z.Bsp. dass die Durchsu-

chung sich in erster Linie auf Terrorverdächtige bezieht, bzw. ihre bewussten Kontakt- und Begleitpersonen. Personen, „derer sich potenzielle Täter zur Begehung der Straftat bedienen könnten“, sind meiner Meinung nach eine sehr vage Gruppe. Diese Personen wissen anscheinend gar nicht, dass sie zum Umfeld von möglichen Attentätern gehören. In dem Fall sind verschlüsselte Botschaften für sie gar nicht verständlich, wie sollte dann eine Durchsuchung ihrer Computer zur Ermittlung beitragen?

Das Abwägen der Garantie von Freiheitsrechten der Bürger und der Sicherheit derselben Bürger ist ein schwieriges Unterfangen, insbesondere wenn es um Internetkommunikation usw. geht. Die Sicherheitsbehörden sollten deshalb Hinweise von Computer-Freaks ernst nehmen, nach denen Terroristen schon dabei sind, die Nutzung dieses Bereichs zu meiden – eben weil das Internet und daran angeschlossene Computer doch nicht sicher sind. Die BRD auf dem Weg in den Überwachungsstaat? Ich bin guten Mutes, dass die SPD derartige Entgleisungen zu verhindern weiß. Als Regierungspartei steht sie in der Verantwortung sich um Freiheit und Sicherheit gleichermaßen zu sorgen.

*Ingrid Kaesler-Goretzki*

*Wollen Sie mehr zu diesem Thema von der SPD erfahren? Auf der Homepage der SPD unter [www.spd.de](http://www.spd.de) (Politik>Themen>Innen-und Rechtspolitik finden Sie Hintergrundinformationen zu hierzu.*

Sachlage mal genauer an (allerdings gucken wir aus Platzgründen nur auf ein paar wenige Gesichtspunkte!): Um was und um wen geht es?

Durch ein Gesetz für erweiterte Kompetenzen des Bundeskriminalamtes (BKA) will Bundesinnenminister Schäuble (CDU) die rechtlichen Grundlagen für eine heimliche Online-Durchsuchung schaffen. Dabei soll die Behörde für eine begrenzte Zeit auch ohne richterliche Genehmigung Online-Durchsuchungen vornehmen dürfen. Auch der Personenkreis, auf den das BKA seine Ermittlungen ausweiten kann, soll deutlich weiter gefasst sein. Die Ermittler sollen künftig nicht nur von Terrorverdächtigen Daten erheben dürfen, sondern auch von Kontakt- und Begleitpersonen, derer sich potenzielle Täter zur Begehung einer Straftat bedienen könnten.

### Impressum

Verantwortlich i. S. d. P.:  
Andreas Herfurth,  
Haselsteinstraße 10,  
71364 Winnenden  
Redaktion:  
Andreas Herfurth,  
Erwin G. Halter,  
Thomas Schick,  
Ingrid Kaesler-Goretzki  
Frank Spannagel